

Unerhört. Sozial. Bundesweit.

Positionen und Forderungen
der Diakonie Hessen
an die Bundespolitik nach der
Wahl 2021

Statistik der Mitglieder und deren Einrichtungen

Privatrechtlich verfasste Rechtsträger inkl. Vereine, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften	362
Dekanate der EKHN	30
Kirchenkreise der EKKW	14
Kirchliche Zweckverbände	52
Mitglieder der Diakonie Hessen	458

Einrichtungen und Angebote nach Branchen	2020
Krankenhäuser	26
Altenhilfe	389
Diakoniestationen	129
Hospizhilfe	18
Kinder- und Jugendhilfe	619
Familienhilfe	59
Behindertenhilfe	219
Hilfe für Personen in besonderen Sozialen Situationen	156
Ausbildung	50
Sonstige Angebote	92
Summe	1.757

Stand: Juli 2021

Hinweis: Zur vollständigen Darstellung der Leistungsangebote der Diakonie Hessen sind hier auch die Einrichtungen, Mitarbeitenden und Umsätze der regionalen Diakonischen Werke aufgeführt.

Impressum

Herausgeber: Diakonie Hessen – Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V., Ederstraße 12, 60486 Frankfurt am Main

Autor*innen: Jessica Bartels, Felix Blaser, Silke Dammann-Bethge, Philipp Funke, Stefan Gillich, Regine Haber-Seyfarth, Melanie Hartmann, Rita Henning, Dagmar Jung, Inge Müller, Andreas Lipsch, Uwe Seibel.

Redaktion: Felix Blaser

Layout: Eckhard Lieberknecht

Bildnachweise:

© Arno F. Kehrer / Diakonie Hessen (Seite 13)

© Andi Weiland (Seite 15)

@ Leona Stewart / Deisel Photography (Seite 17)

© Ingo Bartussek – stock.adobe.com (Rückseite)

Druck: Henrich-Druck, Neustadt (Hessen)

Diakonie Hessen - Werk der Kirche, Mitgliederverband und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege

Die Diakonie Hessen ist Mitglieder- und Trägerverband für das evangelische Sozial- und Gesundheitswesen auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW). 2013 aus der Fusion der beiden Diakonischen Werke von EKKW und EKHN hervorgegangen, ist die Diakonie Hessen als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, Rheinland-Pfalz und im thüringischen Schmalkalden tätig.

Als Träger diakonischer Arbeit beschäftigt die Diakonie Hessen in den Landesgeschäftsstellen in Frankfurt und Kassel, im Evangelischen Fröbelseminar, und in den Evangelischen Freiwilligendiensten mehr als 310* Mitarbeitende. Dazu kommen 708* Freiwillige, die sich in einem Sozialen Jahr oder Bundesfreiwilligendienst einbringen.

An der Spitze des Landesverbandes stehen Pfarrer Carsten Tag (Vorstandsvorsitzender) und Dr. Harald Clausen.

Als Mitgliederverband gehören der Diakonie Hessen zurzeit 458 Rechtsträger an. Dabei handelt es sich um 362 privatrechtlich organisierte Vereine, Stiftungen und gemeinnützige Gesellschaften sowie die 30 Dekanate der EKHN, 14 Kirchenkreise der EKKW und 52 kirchliche Zweckverbände. Insgesamt bietet die Diakonie Hessen so etwa 1.750 Angebote für die Pflege, Betreuung und Beratung sowie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Bereichen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, in der Alten- und Krankenhilfe, Behinderten-, Eingliederungs- und Suchthilfe, Migrations- und Flüchtlingsberatung sowie in der Beratung von Menschen in besonderen sozialen Situationen an. Fast 100.000 Menschen engagieren sich bei der Diakonie Hessen und ihren Mitgliedern; 42.000 von ihnen hauptamtlich. Sie erwirtschafteten im Geschäftsjahr 2019 einen Gesamtumsatz von mehr als zwei Milliarden Euro.

(*Stand Juli 2021)

INHALT

Vorwort	3
Würde des Menschen achten und schützen	4
Kinderrechte realisieren	6
Bildungsbeteiligung ermöglichen	8
(Menschen-)Recht auf Wohnung verwirklichen	10
#offengeht! – Solidarität entgrenzen	12
Recht auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen verwirklichen	14
Pflege mutig reformieren – Pflegende entlasten	16
Demokratie stärken, Nachbarschaften unterstützen	18
Weiterführende Informationen	20
Kontakt	21

Liebe Leserinnen und Leser,

die Diakonie engagiert sich für Personen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und oft nicht die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Sie ist bei den Menschen, die Ausgrenzung erfahren - sei es durch Krankheit und Hilflosigkeit, durch Alter und Behinderung, durch Armut und Arbeitslosigkeit, durch Fluchterfahrung oder Rechtlosigkeit.

Die Mitarbeitenden der diakonischen Dienste und Einrichtungen unterstützen und befähigen Menschen in Not. Sie zielen darauf, ihnen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen.

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege vertritt die Diakonie Hessen nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder, sondern setzt sich auch für die Belange von Menschen ein, deren Fähigkeit zur Selbsthilfe und zur Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben bedroht, eingeschränkt oder verloren gegangen ist.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung fassen wir einige Positionen und Forderungen zusammen, die aus Sicht des Landesverbandes und seiner Mitglieder über die zukünftigen Bundestagsabgeordneten in Hessen und Rheinland-Pfalz sowie die Mitglieder des Bundesrates in die Bundespolitik einfließen sollten – und die bislang eventuell unerhört blieben. Formuliert werden also die Erwartungen für die Bundespolitik *nach* der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.

Die Präsentation der sozialpolitischen Positionen der Diakonie Hessen dient dabei weniger der Klärung des diakonischen Profils in der Öffentlichkeit, als vielmehr dem Einsatz für eine Verbesserung der Situation der Personen(-gruppen), für die diakonische Einrichtungen und Dienste tätig sind, sowie einer Solidaritätsstiftung unter denen, die sich konstruktiv für die Anliegen unserer Zielgruppen einsetzen. Wenn die Positionen und Forderungen dazu beitragen, dass aus einer Gesellschaft eine Gemeinschaft wird, die Solidarität mit den ‚Schwachen‘ gestärkt wird und die Achtung von Minderheiten und Menschenrechten zunimmt, haben sie ihr Ziel erfüllt.

Wir wünschen, dass die vorliegenden Positionen zum Diskurs anregen und Aufmerksamkeit auf notwendig anstehende Veränderungen richten – für eine bessere Zukunft.



Carsten Tag
Vorstandsvorsitzender



Dr. Harald Clausen
Vorstand

DIE WÜRDE DES MENSCHEN ACHTEN UND SCHÜTZEN

Situation

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art. 1 Grundgesetz). Sie ist Wesensmerkmal aller Menschen und bedingt einen Gestaltungsauftrag an den Staat.

Das bedeutet:

- Alle Menschen sind gleich wertvoll, weil sie Menschen sind.
- Würde ist nicht abhängig von einem ‚Nutzen‘, den ein Mensch hat, von der Dauer seiner physischen Existenz, vom sozialen Status oder von bestimmten persönlichen Eigenschaften.
- Alle Menschen haben die gleichen unveräußerlichen Menschenrechte.

Der Staat hat die Verpflichtung, die Menschenwürde aller in Deutschland lebenden Menschen zu achten und zu schützen. Existenzängste z.B. aufgrund von Armut oder Wohnungslosigkeit sowie Benachteiligungen z.B. aufgrund von rassistischer oder sexueller Diskriminierung oder wegen ausgrenzenden gesetzlichen Regelungen verhindern für die Betroffenen ein Leben in Würde.

Position

Wir in der Diakonie

- setzen uns für die Wahrung der Würde aller Menschen ein, indem wir dorthin schauen, wo sie gefährdet ist und uns für ihren Schutz und ihre Achtung einsetzen,
- beraten und unterstützen Menschen in Notlagen,
- mischen uns in politischen Gremien und in öffentlichen Diskussionen ein und fordern Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, wo diese auf dem Spiel stehen.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet,

- dass Fragen von Verteilungsgerechtigkeit nicht gegen Fragen der Anerkennung von Minderheitenrechten und Vielfalt ausgespielt werden. Aus unserer Sicht müssen beide Fragen zusammagedacht werden. Nur dann ist ein Leben in Würde für alle möglich. Hierzu gehört auch die Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums, die nur durch eine Änderung der bisherigen Grundsicherungsleistungen zu erreichen ist.
- einen entschiedenen Einsatz für faire Lebenschancen aller Menschen in Deutschland.

Dazu gehören

- eine gerechtere Verteilung von Reichtum,
- die Linderung, Bekämpfung und Abschaffung von Armut, insbesondere von Kinder- und Jugendarmut,
- die Stärkung von Teilhabechancen,
- eine Gestaltung der notwendigen ökologischen Transformation, bei der anstehende Anpassungen sozial gerecht umgesetzt werden, d.h. von Armut betroffene Menschen nicht zusätzlich belastet werden,
- das Eintreten für die Überwindung von Benachteiligungen als Folge von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homofeindlichkeit, Klassismus, Ableismus oder aufenthaltsrechtlichen Sondergesetzen.
- Wir erwarten auch international ein konsequentes Eintreten für Menschenwürde und globale Gerechtigkeit.

KINDERRECHTE REALISIEREN

Situation

„Kinderrechte? - Kinder haben doch auch Pflichten!“ Diese Aussage von vielen Erwachsenen ist immer wieder zu hören. Kinder- und Jugendrechte werden häufig als Gegensatz zu Pflichten und deren Erfüllung angesehen. Der Gegensatz zu Kinderrechten ist aber Unrecht gegen Kinder!

Kinder und Jugendliche stellen eine besonders verletzbare Gruppe in unserer Gesellschaft dar. Sie sind von Erwachsenen existenziell abhängig. Kinder und Jugendliche sind in Krisen immer die Leidtragenden. Das betrifft junge Menschen in den Kriegs- und Krisenregionen weltweit, gilt aber auch in unserem Land. Wenn z.B. eine Familie von Armut bedroht ist oder Bildung sowie Ausbildung nicht in notwendigem Umfang gewährleistet werden können. Kinderarmut bedeutet nicht nur materielle Unterversorgung, sondern erhöht nachweislich die Wahrscheinlichkeit von Entwicklungsdefiziten und sozialer Ausgrenzung. Dem wirkt die Kinderrechtskonvention entgegen. Sie wird getragen von den Säulen „Schutz“, „Förderung/Versorgung“ und „Beteiligung und Partizipation“.

Gelebte Demokratie bedeutet Beteiligung von jungen Menschen und das Ernstnehmen ihrer Persönlichkeit, ihrer Bedarfe und Bedürfnisse.

Position

Damit das Aufwachsen unserer Kinder gelingen kann, brauchen sie verlässliche Beziehungen, eine tragfähige Gemeinschaft, eine materielle Versorgung, die soziale Teilhabe sichert, und bestmögliche Lernchancen.

Die Diakonie Hessen hat deshalb die Lebenswelt der Kinder, ihre individuellen Entwicklungsmöglichkeiten und die institutionelle Rahmung von Bildung, Erziehung und Betreuung besonders im Blick. Das heißt: Wir engagieren uns für Kinderrechte und Kinderschutz und machen uns stark für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft. Diakonie und Kirche engagieren sich als Träger von Kindertagesstätten. Wir unterstützen den elementaren Bildungsauftrag mit Fachberatung und Qualifizierungsangeboten. Wir stehen ein für die Verankerung guter pädagogischer Qualität und angemessener Rahmenbedingungen. Wir greifen die Interessen und Anliegen von Kindern, Eltern und Experten auf und nehmen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet,

- dass die Leistungen aus dem ‚Gute-Kita-Gesetz‘ (KiQuTG) über 2022 hinaus verstetigt werden - zur nachhaltigen Sicherung qualitativ angemessener Standards der Bildung, Erziehung und Betreuung für alle Kinder.
- dass eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung eingeführt wird, die bisherige Leistungen bündelt, ein verlässliches sozioökonomisches Existenzminimum sichert, Stigmatisierung verhindert und soziale Teilhabe ermöglicht.
- dass Kinder, Jugendliche und Familien auch über das Jahr 2021 hinaus Unterstützung in der Verarbeitung und Bewältigung der Corona-Pandemie erhalten.
- dass die Kooperationsbeziehungen zwischen Schule und Jugendhilfe weiter bearbeitet werden, um eine gelingende Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztags-Grundschulbetreuung (ab 2026) sicherzustellen.
- dass für die Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte weiterhin verlässliche Strukturen sowie zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.
- dass Beteiligungsprozesse weiter ausgebaut werden, damit Kinder und Jugendliche ihre Positionen in für sie wichtige Entscheidungsprozesse einbringen können und als Rechtssubjekte ernst genommen werden.

BILDUNGSBETEILIGUNG ERMÖGLICHEN

Situation

Soziale Ungleichheiten erschweren oder verhindern nach wie vor für einen Teil der Jugendlichen den Zugang zu Bildung und damit zu Ausbildung und Arbeit und letztlich auch zu gesellschaftlicher Teilhabe. Die Konsequenzen dieser sozialen Benachteiligung für Jugendliche aus sozioökonomisch schwächer gestellten Haushalten, zum Teil auch verstärkt durch Migrations- und Fluchtgeschichte, sind unter anderem ein schlechter oder gar kein Schulabschluss, Arbeitslosigkeit, belastende Lebensverhältnisse, soziale Isolation und / oder Politikverdrossenheit. In der Regel sind nicht immer Kompetenzunterschiede die eigentliche Ursache der Probleme, sondern ihrerseits die Folge von Schwierigkeiten im Bereich der persönlichen und sozialen Entwicklung.

Position

Die im Paragraphen 13 SGB VIII gesetzlich verankerte Jugendsozialarbeit hat die Aufgabe, Bildungsbenachteiligungen abzubauen und faire Teilhabechancen zu schaffen.

Dies setzt die Diakonie Hessen in den Arbeitsgebieten Jugendmigrationsdienste, Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit mit Angeboten zur Persönlichkeitsentwicklung um - unter Zugrundelegung eines umfassenden Bildungsverständnisses, das nicht auf rein formale zertifizierte (Aus-)Bildungsinhalte reduziert.

Sie antwortet auf entstandardisierte Lebensläufe benachteiligter Jugendlicher mit individueller Unterstützung, Beziehungsarbeit und Befähigung. Sie vermittelt Wertschätzung, Anerkennung und Zugehörigkeit und verfolgt damit zugleich eine Gegenstrategie zu Populismus, Extremismus und Demokratieverlust.

Ihr Handeln ist darüber hinaus auf eine Veränderung der benachteiligenden Bedingungen ausgerichtet. Dies geschieht nicht nur stellvertretend für die Jugendlichen, sondern vor allem mit ihnen, indem sie ihre Themen, Fragen und Anliegen aufgreift und mit ihnen gemeinsam darauf hinwirkt, dass diese auch politisch eine Stimme bekommen.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet,

- dass politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zur Anerkennung sozial marginalisierter Jugendlicher geschaffen werden samt der systematischen Ermöglichung von Bildungschancen und sich daraus ergebenden Zukunftsperspektiven.¹
- dass der Stellenwert der Jugendsozialarbeit in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Bewältigung der gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen anerkannt wird.²
- dass derzeit noch befristete Angebote in Regelangebote mit langfristig gesicherten Finanzierungsmöglichkeiten und Strukturen überführt werden, da Jugendsozialarbeit auch Beziehungsarbeit ist und nur durch Kontinuität und Verlässlichkeit wirken kann.
- dass Schulen flächendeckend mit Angeboten der Jugendsozialarbeit ausgestattet werden, um so für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen und einen Beitrag für eine gestärkte demokratische Gesellschaft zu leisten.

¹ Vgl. auch 15. Kinder- und Jugendbericht „Jugend ermöglichen“: „Es wird deshalb entscheidend sein, wie es gelingt, dass Jugendliche und junge Erwachsene in prekären Lebenskonstellationen sozial gerecht behandelt werden, und inwieweit auch ihnen Jugend ermöglicht wird“.

² Jugendsozialarbeit spielt innerhalb der Jugendhilfe eine mehr als randständige Rolle: Im Jahr 2018 fielen bundesweit gerade einmal 2,7 % der Ausgaben der Jugendhilfe auf die Jugendsozialarbeit (Statistisches Bundesamt 2019: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen).

(MENSCHEN-)RECHT AUF WOHNUNG VERWIRKLICHEN

Situation

Der allgemeine Wohnungsmarkt ist bei der Wohnungsversorgung aller Menschen blind. Er gehorcht anderen Gesetzen. Hier haben der preisgünstige soziale Wohnungsbau sowie die Gestaltung von Quartieren und die Vergabe von Grundstücken an soziale Träger eine wichtige Versorgungsfunktion. Zum Beispiel haben Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, die in ambulanten und stationären Einrichtungen Hilfe in Anspruch nehmen, auf dem Wohnungsmarkt oftmals keine Chance.

Seit Abschaffung der alten Wohnungsgemeinnützigkeit sind über zwei Millionen dieser günstigen Sozialwohnungen verloren gegangen - durch Privatisierung und Auslaufen der Sozialbindungen. Dieser Trend ist ungebrochen: Seit 2002 sind eine weitere Million Sozialwohnungen verloren gegangen – von 3,6 Millionen sind mittlerweile nur noch 1,5 Millionen übrig und die Nachfrage steigt stetig an. Wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, werden jedes Jahr weitere 60.000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen und die Kosten der Unterkunft und das Wohngeld für Rentnerinnen und Rentner, Erwerbstätige mit niedrigen Einkommen und Arbeitslose werden weiter steigen.

Position

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf: Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum ist eine Ausprägung der allgemeinen Daseinsvorsorge. Wohnen ist damit ein grundlegendes Element im Rahmen der Existenzsicherung und Teilhabe. Die Planung und Gestaltung von barrierefreiem Wohn- und Sozialraum ist unbedingt erforderlich, um Vielfalt und Inklusion zu leben. Dazu ist es unausweichlich, soziale Träger als einen integraleren Aspekt von Stadtentwicklung einzubinden.

In unseren diakonischen Beratungsdiensten unterstützen wir Menschen, die wohnungslos sind oder denen der Verlust der Wohnung droht. Wir führen Gespräche mit Vermieter*innen, um Mietschulden nicht weiter anwachsen zu lassen. Wir vermitteln wohnungslose Menschen in Wohnungen und begleiten sie. Unsere Träger machen sich dafür stark, dass die sozialräumliche Perspektive als Ganzes in den Blick genommen wird, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben zu verwirklichen.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet,

- dass die Wohnungsgemeinnützigkeit bei kommunalen Wohnungsunternehmen wieder eingeführt wird.
- dass die Einnahmen der öffentlichen Wohnungsunternehmen an erforderliche Modernisierungsmaßnahmen und an Investitionen in das soziale Umfeld gebunden werden.³
- dass für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (geflüchtete Menschen, Menschen mit Behinderung, suchtkranke Menschen, haftentlassene Menschen, wohnungslose Menschen, Frauen aus Frauenhäusern, junge Erwachsene aus der stationären Jugendhilfe, u.a.) ausreichend Wohnraumkontingente durch Ankauf von Wohnungsbeständen der öffentlichen Hand ermöglicht werden und unterschiedliche Bedarfe, wie z.B. barrierefreier Wohnraum bei der Planung des kommunalen Wohnungsbaus als grundlegend verstanden werden.⁴
- dass allgemeine soziale Aspekte als Querschnittsaufgabe angesehen werden und in allen Phasen von Quartiersentwicklungen in planerische Handlungen und Entscheidungen einbezogen werden.

³ Vgl. Wohnraum für alle. Wohnen ist ein Menschenrecht. Positionen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, Frankfurt 2021, S. 5.

⁴ Vgl., a.a.O., S. 4, sowie die Studie Wohnraumbedarf benachteiligter Gruppen, Berlin 2021, S. 44.

#OFFEN GEHT – SOLIDARITÄT ENTGRENZEN

Situation

Nach dem Sommer der Flucht 2015 kam es zu einer Verschärfung der deutschen Flüchtlings- und Integrationspolitik. Statt Schutzsuchenden das Ankommen zu erleichtern und Brücken in die Aufnahmegesellschaft zu bauen, wird der Rückkehrdruck erhöht. Wir beobachten auf allen Ebenen eine Flüchtlings- und Integrationspolitik, die die Grundrechte von Schutzsuchenden einschränkt und zunehmend auf Abschottung und Abschreckung setzt. Menschenrechte und Humanität bleiben immer öfter auf der Strecke.

Position

Vor diesem Hintergrund beraten wir Betroffene zu ihren Rechten und Pflichten.

Wir fördern das Miteinander durch Begegnung und initiieren respektvolle und kritische Diskurse.

Wir unterstützen freiwilliges Engagement von Einheimischen und Eingewanderten und setzen uns für mehr gesellschaftliche Teilhabe von Betroffenen ein.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet

- eine Kehrtwende in der Migrationspolitik, die sich wieder an Menschenrechten und humanitären Werten orientiert.
- Solidarität mit den europäischen Erstaufnahmeländern statt des desolaten Dublin Regimes.
- den Ausbau humanitärer Aufnahmeprogramme statt Grenzabschottung und illegaler Pushbacks.
- die Beseitigung rechtlicher und bürokratischer Hürden beim Familiennachzug.
- Bleiberechtsregelungen statt Abschiebedruck.
- die Ermöglichung einer Integration von Anfang an statt der Isolation von Menschen länger als drei Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen.



RECHT AUF ARBEIT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN VERWIRKLICHEN

Situation

Arbeit hat in der Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Sie bietet auch Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, sich mit ihren Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Jedoch ist die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in einer anerkannten Werkstatt für Menschen mit Behinderungen arbeiten und somit nicht in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stehen und lediglich einen Werkstattlohn von durchschnittlich 207 Euro erzielen, nach wie vor hoch.

In Hessen arbeiten ca. 17.000 Menschen in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen. Hinzu kommen ca. 1.700 Menschen, die in einer Förderstätte (nach § 136 Abs. 3 SGB IX) tätig sind. Sie sind von Lohn und Bildung ausgeschlossen, da man ihnen abspricht, ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung (§ 219 SGB IX) zu erbringen.

Position

Die Diakonie tritt für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein und fordert die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben.

Lebenslanges Lernen ist ein selbstverständlicher Teil des menschlichen Lebens, dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet,

- dass das Zugangskriterium „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeit“ in die Werkstatt für Menschen mit Behinderungen gestrichen wird.
- dass auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf durch eine Novellierung des Entgeltsystems von Werkstätten auskömmlich entlohnt werden.
- dass Maßnahmen, die auf die Beschäftigung außerhalb von Werkstätten abzielen, wie z.B. das Budget für Arbeit, gestärkt werden.
- dass Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen sowie Arbeitgebern durch Integrationsfachdienste gestärkt werden.



PFLEGE MUTIG REFORMIEREN – PFLEGENDE ENTLASTEN

Situation

Nicht nur die Diakonie, auch der Bundesrat hat Ende Juni in der Beschlussfassung zur jüngsten Pflegereform darauf hingewiesen, dass er weiteren dringenden Handlungsbedarf für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung sieht. Zwar wird die künftig verbindliche tarifliche Bezahlung der Fachkräfte begrüßt - ebenso wie die Einführung eines bedarfsorientierten Personalbemessungssystems -, dies wird aber nicht nachhaltig den Druck aus der Pflege nehmen können.

Position

Pflegebedürftige Menschen, die zu Hause versorgt werden, erfahren keine weitere Entlastung; ebenso wenig ihre Angehörigen.

Der vom Bundesarbeitsgericht bestätigte Mindestlohnanspruch auch für Bereitschaftsdienste ausländischer Hilfskräfte in privaten Pflegehaushalten wird die Lage bei der häuslichen Versorgung sogar noch verschärfen.

Rationalisierungsdruck und eine völlig unzureichende Finanzierung der Investitionskosten durch die Länder führen seit langem zur Arbeitsverdichtung in den Krankenhäusern und erschwerten Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet,

- dass die Pflegeversicherung komplett reformiert wird, so dass pflegebedürftige Menschen einen begrenzten Eigenanteil tragen und die Versicherung die darüberhinausgehenden Pflegekosten übernimmt.
- dass die häusliche und die familiäre Pflege stärker in den Blick genommen und die Sensibilisierung sowie die Unterstützung für diese Lebenslagen intensiviert werden.
- dass die schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen die Krankenhauslandschaft leidet, zukünftig wirkungsvoll und dauerhaft verbessert werden.



DEMOKRATIE STÄRKEN, NACHBARSCHAFTEN UNTERSTÜTZEN

Situation

In den letzten beiden Jahrzehnten erleben wir angesichts von steigender sozialer Ungleichheit, Migrationsbewegungen, Klimawandel und Corona-Pandemie eine Vielzahl von Umbruchsituationen, die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich fordern. Angesichts dieser Herausforderungen hat nun vor allem der Rechtspopulismus an Bedeutung gewonnen, der zentrale Errungenschaften unserer pluralen Demokratie, wie den Schutz und die Gleichberechtigung von Minderheiten, ablehnt und die Komplexität der Probleme auf eine Bedrohung eines vermeintlichen homogenen Volkes durch Eliten und Eingewanderte reduziert. Der Rechtspopulismus hat damit entscheidend zur Polarisierung in unserer Gesellschaft beigetragen und menschenverachtende Meinungen wieder salonfähig gemacht. Dass von Hass und Ausgrenzung geprägte Debatten auch extremistische Täter zur Anwendung physischer Gewalt anstiften können, mussten wir traurigerweise gerade hier in Hessen erleben. Allein in den letzten beiden Jahren haben wir zehn Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt zu betrauern. Deshalb ist die Erfahrung von Solidarität so wichtig: Erfahren Menschen im Mikroklima der Nachbarschaft, im Berufsalltag diese Solidarität, dann ist der Weg zu Ausgrenzung weiter oder sogar verbaut. Um dieses Vor-Ort-Klima zu stärken, braucht es Strukturen, die stützen und Ressourcen, die auskömmlich finanziert werden.

Position

Als Diakonie stellen wir uns gegen jegliche Form von Populismus, Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir stehen ein für eine demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft. Wir wollen in einer Gesellschaft, die von Polarisierungen und sozialer Ungleichheit bestimmt ist, für soziale Gerechtigkeit und für eine demokratische Debattenkultur eintreten. Mit unserem Projekt „FIT in der Diakonie Hessen. Für Integration & Teilhabe!“ unterstützen wir unsere Mitglieder in dieser Aufgabe und leisten als zivilgesellschaftlicher Akteur einen wichtigen Beitrag zur Extremismusprävention.

Erwartungen an die Bundespolitik nach der Wahl

Die Diakonie Hessen erwartet,

- dass Strukturen, Programme und Kommunikationswege, die das demokratische Zusammenleben in unserer Gesellschaft stärken, durch Förderprogramme dauerhaft und wirkungsvoll unterstützt werden.
- dass eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur sichergestellt wird und Angebote der politischen Bildung ausgebaut werden.



FIT in der Diakonie Hessen.
Für Integration & Teilhabe!

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

KONTAKT

Sie können diese Positionen online einsehen unter www.diakonie-hessen.de

Auf den Seiten der Diakonie Deutschland finden Sie die Forderungen des Bundesverbandes, thematische Hintergründe, weiterführende Materialien und aktuelle Meldungen: www.diakonie.de/bundestagswahl-2021

Die Erwartungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-pflege an die Bundespolitik der 20. Legislaturperiode finden Sie hier: www.bagfw.de/themen/bundestagswahl-2021#c8825

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa) informiert hier: www.bagejsa.de

Der Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe (EBET) e.V. Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe hier: www.ebet-ev.de

Zu den Themen Arbeit und Soziale Integration informiert weiterführend auch der Evangelischer Fachverband für Arbeit und Soziale Integration: www.efas-web.de

Die Positionen des Bundesverbandes Evangelischer Behindertenhilfe zur Bundestagswahl finden Sie hier: <https://beb-ev.de/projekte/bundestagswahl-2021/>

Der Gesamtverband für Suchthilfe (GVS) informiert weiterführend hier: www.sucht.org

Weitere Informationen zu den Themen Altenarbeit und Pflege bietet der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP): www.devap.de/

Eine weiterführende Übersicht über die über 60 Fachverbände in der Diakonie Deutschland findet sich hier: www.diakonie.de/fachverbaende

Einen Überblick über die evangelischen Demokratieprojekte bundesweit, finden Sie hier: <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/projekte/145248/diakonie-deutschland>

Sie haben noch Fragen? Dann wenden Sie sich gerne an uns.
Diakonie Hessen –
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V.
Ederstraße 12
60486 Frankfurt am Main

Dr. Felix Blaser
Bereichsleitung Mitglieder II -
Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesendiakonie
Flucht, Interkulturelle Arbeit und Migration
Diakonie in der Region
Diakonische Kultur und Kooperation Kirchen
Tel.: 069 7947- 6321
Mobil: 0170 85 80 626
felix.blaser@diakonie-hessen.de

Philipp Funke
Projektleitung „FIT in der Diakonie Hessen. Für Integration & Teilhabe!“ *
Tel.: 069 7947 6421
philipp.funke@diakonie-hessen.de

Eckhard Lieberknecht
Abteilung Kommunikation
Tel.: 0561 1095-3333
Mobil: 0177 56 12 230
eckhard.lieberknecht@diakonie-hessen.de

Clarissa Graz
Vertretung der Diakonie Hessen am Sitz der Landesregierung
Tel.: 0611 5316 4614
clarissa.graz@ev-buero-wiesbaden.de

* Gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.



Unerhört. Sozial. Bundesweit.

Positionen und Forderungen der Diakonie Hessen
an die Bundespolitik nach der Wahl 2021

